

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Keine Vorratsdatenspeicherung über den Umweg Europa**

Die Vorratsdatenspeicherung, bei der ohne Anlass und vorsorglich Verkehrsdaten sämtlicher Telekommunikationsdienste unter dem Deckmantel der Strafverfolgung gespeichert werden, stellt Bürgerinnen und Bürger unter einen unzulässigen Generalverdacht. Sie birgt darüber hinaus das Risiko des Datenmissbrauchs und stellt einen tiefen Eingriff in die Privatsphäre jedes Einzelnen dar. Aus diesem Grund hat das Bundesverfassungsgericht im März 2010 diese anlasslose und massenhafte Datenspeicherung für verfassungswidrig und damit nichtig erklärt.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat damit gleichzeitig Auswirkungen auf europäischer Ebene, da die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat, verbieten, Mitgliedstaaten durch europäische Richtlinien dazu zu verpflichten, flächendeckende vorsorgliche Speicherung vermeintlich nützlicher Daten anzuordnen. Diesen Weg aber droht die Europäische Union zu beschreiten, da bereits jetzt weitere Vorratsdatenspeicherungen, z. B. von Fluggästen, diskutiert werden.

Dass durch den Verzicht auf die Vorratsdatenspeicherung keine Sicherheitslücken entstehen, hat das Bundesministerium für Justiz klargestellt. Um so wichtiger ist es daher, dass die Bundesregierung zukünftig alle derartigen europäischen Vorhaben strikt ablehnt und eine Einführung in Deutschland auch über den Umweg Europa verhindert.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass die Bundesregierung, unter Hinweis auf die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung, Vorhaben zur Vorratsdatenspeicherung auch auf europäischer Ebene entschieden ablehnt und
2. dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene auf eine vollständige Aufhebung der Richtlinie 2006/24/EG (betreffend Vorratsdatenspeicherung im Telekommunikationsbereich) hinwirkt.

Björn Fecker, Mustafa Öztürk,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rainer Hamann, Insa Peters-Rehwinkel, Thomas Ehmke, Birgit Busch,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD